

Umstrittene Autorität im transnationalen Regieren



Inhalt

| | |
|--|----------|
| Umstrittene Autorität im transnationalen Regieren | 3 |
| Forschungsbereich I: | |
| Global Governance für nachhaltige Entwicklung | 4 |
| Forschungsbereich II: | |
| Menschenrechte und Regulierung in der globalen Wirtschaft | 5 |
| Forschungsbereich III: | |
| Gesellschaftliche Konflikte und Resilienz..... | 6 |

Umstrittene Autorität im transnationalen Regieren

Auf inter- und transnationaler Ebene ist die Frage, wer für ein Kollektiv Regeln setzen darf, die von diesem befolgt werden (sollen), noch weniger eindeutig zu beantworten, als es auf nationaler Ebene den Anschein hat. Autorität kann über formale Akte zugewiesen werden, kann in einzelnen Institutionen „eingeschrieben“ sein oder darauf beruhen, dass man der Expertise und dem Wissen von Akteuren oder Institutionen vertraut. Gleichzeitig fordern Akteure Autorität ein bzw. eignen sie sich an. In unserem neuen Forschungsprogramm setzen wir einen Schwerpunkt auf die Umstrittenheit von Autorität, unabhängig davon, worauf sie basiert.

Zum einen ist der Prozess, in dem sich Autorität herausbildet, von Auseinandersetzungen über Deutungshoheiten und Legitimitätsansprüche geprägt. Auch wenn Autorität nicht mehr allein durch staatliche Akteure ausgeübt wird, spielen diese weiterhin eine entscheidende Rolle, nicht zuletzt weil sie nach wie vor den Rahmen auch für die Ausübung von Autorität durch private oder zivilgesellschaftliche Akteure setzen oder bewusst nicht setzen. Umstritten sind die jeweiligen Teilhabeansprüche staatlicher, privater und zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Ausübung von Autorität, in denen Machtbeziehungen eine wichtige Rolle spielen. Und schließlich etablieren sich die Praktiken, die sich bei der Ausübung von Autorität entwickeln und die sich in unterschiedlichen Regeln und Regulierungsformen niederschlagen, nicht ohne Weiteres einstimmig oder widerspruchslös.

Zum anderen kann aber nationale wie auch inter- und transnationale Autorität - in ihrer Abwesenheit, spezifischen Ausprägung, oder eben Umstrittenheit - der Ausgangspunkt für gesellschaftliche Konflikte sein. Dabei wird gerade im Globalen Süden, auf dem der Schwerpunkt unserer Forschung liegt, auch auf der „staatlichen“ Ebene Autorität von einer Vielzahl von Akteuren wahrgenommen. Autoritätsmuster können die Dynamik von Konflikten maßgeblich beeinflussen, insofern etwa die Autorität lokaler, nationaler wie auch transnationaler Akteure bei der Bearbeitung oder Regelung von Konflikten in Frage gestellt, oder auf unterschiedliche Art und Weise von den kollektiven Akteuren zugeschrieben wird.

Wie sich Autorität – insbesondere auf der inter- und transnationalen Ebene – in dieser Umstrittenheit konstituiert, worauf sie basiert und welche spezifischen Regulierungsformen diese jeweils hervorbringt, steht im Mittelpunkt der INEF-Forschungen in den beiden Forschungsbereichen „Global Governance für nachhaltige Entwicklung“ und „Menschenrechte und Regulierung in der globalen Wirtschaft“. Im Forschungsbereich „Gesellschaftliche Konflikte und Resilienz“ liegt der Schwerpunkt der Arbeiten stärker darauf, dass bestehende Autorität herausgefordert wird, und wie dies Konflikte beeinflusst. „Autorität“ nimmt in den jeweiligen INEF-Forschungen einen unterschiedlichen analytischen Status ein, wodurch die Fragmentierung und die Widersprüche der unterschiedlichen Verwendungsweisen des Begriffs sichtbar werden. Nachdem unsere Forschungen empirisch auf verschiedene Regionen (insbesondere Afrika) und Länder ausgerichtet sind, nehmen wir auch mögliche regional bzw. länderspezifisch bedingte Einflussfaktoren in den Blick.

Forschungsbereich I: Global Governance für nachhaltige Entwicklung

Mit dem Katalog der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable development goals, SDGs) haben sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verpflichtet, zentrale Probleme wie Armut, Hunger, Umweltzerstörung, den mangelnden Zugang zu Bildung oder Gesundheitsversorgung bis 2030 konzertiert anzugehen. Im Mittelpunkt steht dabei der Abbau der immer noch existierenden Ungleichheiten zwischen Ländern, innerhalb von Gesellschaften oder zwischen den Geschlechtern. Mit der Verpflichtung auf „nachhaltige Entwicklung“ wird auch der traditionelle Entwicklungsbegriff auf den Prüfstand gestellt. Adressaten von Entwicklung sind nicht mehr ausschließlich Staaten des Globalen Südens, sondern Gesellschaften weltweit. Stärker als zuvor wird Entwicklungszusammenarbeit als ein Bestandteil eines vielschichtigen Gefüges von Global Governance-Praktiken verstanden.

Mit der wachsenden Komplexität grenzüberschreitender Probleme und der Zunahme der Akteure, der eingesetzten Instrumente und vielfach parallellaufender Prozesse ist immer umstrittener, wer für wen und mit welcher Zielsetzung verbindliche Regeln setzt, wer also Autorität hat und worauf diese basiert. Die propagierten Werte und die damit einhergehenden Governance-Praktiken werden ebenso kritisch auf den Prüfstand gestellt. Deutlich wird dies an der Diskussion um Partnerschaften als Instrument der Problembearbeitung auf allen Handlungsebenen. Denn bei diesem als Allheilmittel gepriesenen Instrument stellen sich drängende, nicht nur theoretische, sondern auch sehr praktische Fragen nach dessen Ausdeutung, Legitimität, seiner Wirksamkeit und vor allem der Art und Weise der Umsetzung auf lokaler Ebene.

Auch in Netzwerken zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickeln sich durch Machtkonzentrationen immanente Hierarchien. Daher stellt sich die Herausforderung, wie angesichts existierender Machtungleichheiten die Partizipation relevanter Stakeholder sichergestellt werden kann. Neben der Frage, wer an politischen Prozessen teilhaben darf und wer letztendlich für ein Kollektiv verbindliche Entscheidungen (basierend auf welchen „guten Gründen“) treffen darf, widmen wir uns daher darüber hinaus der Frage, wie und in welcher Form die regelsetzenden Akteure zur Rechenschaft gezogen werden können (Accountability). Konkret verbinden wir diese Fragen beispielsweise in Analysen zum „meaningful engagement“ von zivilgesellschaftlichen Akteuren.

In diesem Forschungsbereich setzen wir uns auch mit der Praxis von Entwicklungszusammenarbeit auseinander. Auf einer inhaltlich-strategischen Ebene liegt ein Schwerpunkt darauf, inwiefern Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und die damit einhergehenden Formen und Normen von Governance die angestrebte Kohärenz und Überwindung von Silos widerspiegeln. Auf der Akteursebene interessiert uns, ob traditionelle Rollen und Beziehungen zwischen staatlichen Gebern und Empfängern überwunden werden, der Kreis der beteiligten Akteure erweitert wird und Prozesse insgesamt partizipativer gestaltet werden.

Empirisch untersuchen wir die aufgeworfenen Fragestellungen im Kontext der Ausgestaltung und der Praktiken von Global Governance für nachhaltige Entwicklung vor allem in den Bereichen globale Gesundheit, Land, Ernährung(sunsicherheit), Armut(sbekämpfung) und Resilienz.

Forschungsbereich II: Menschenrechte und Regulierung in der globalen Wirtschaft

Internationale Menschenrechte werden zunehmend zu einem normativen Maßstab für die politische Gestaltung transnationaler wirtschaftlicher Prozesse. Dies spiegelt sich in den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wider, die der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Jahre 2011 verabschiedet hat. In Deutschland, der EU und vielen Ländern weltweit ringen Akteure seither um politische Ansätze zur menschenrechtlich informierten Regulierung, etwa durch sogenannte Sorgfaltspflichtengesetze für transnationale Unternehmen.

Mit den Zusammenhängen zwischen Menschenrechten und der Regulierung der globalen Wirtschaft befassen wir uns in diesem Forschungsbereich. Hierbei stehen Fragen nach der Macht und Legitimität privater Akteure im Fokus. Zu den Akteuren gehören private Unternehmen ebenso wie zivilgesellschaftliche, gewerkschaftliche oder Multi-Akteursnetzwerke. Sie werden durch öffentliche Akteure und Institutionen reguliert, treten aber auch selbst als regulierende Akteure auf, indem sie Regeln setzen, interpretieren oder auf unterschiedliche Weise politische Einflüsse ausüben.

Privatwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Praktiken konstituieren bzw. transformieren damit auch Formen der politischen Autorität, die allerdings stets Gegenstand politischer Auseinandersetzungen sind. Ein Verständnis der vielfältigen und dynamischen Situationen umstrittener Autorität im transnationalen Menschenrechtsschutz ist ein Kerninteresse des Forschungsbereichs.

Theoretisch entwickeln wir Perspektiven auf Veränderungsprozesse des transnationalen Regierens und damit verbundene Herrschafts- und Autoritätskonflikte weiter. Empirisch nehmen wir neue politische Räume der Auseinandersetzung über die genannten Fragen in den Blick, etwa im Kontext neuer Lieferkettengesetze oder auch in nationalen und internationalen Verhandlungen über sozial-ökologische Umgestaltungen der Wirtschaft. Regierungen, zivilgesellschaftliche Netzwerke, Gewerkschaften, Beschäftigte und private Unternehmen ringen stets um Handlungsräume, um Rechte und ihre Anerkennung sowie neue Formen der inter- und transnationalen Regulierung. Dabei kommen neue Technologien zum Einsatz, etwa zur digitalen Informationsgewinnung in globalen Lieferketten, und es ergeben sich neue Akteurskonstellationen und Praktiken, wie etwa im Fall des „Bangladesh Accord on Fire and Building Safety“. Auch verändern private Unternehmen selbst ihre Praktiken der transnationalen Governance, etwa in Bereichen der Risikoanalyse und der Rechnungslegung. Sie verändern damit Grundlagen der Accountability und prägen gesellschaftliche Konventionen von Verantwortung und Regelbefolgung wesentlich mit.

Forschungsbereich III: Gesellschaftliche Konflikte und Resilienz

Krisen, wie die Coronavirus-Pandemie, können zu gesellschaftlichen Konflikten führen und Politik und Gesellschaft unter Druck setzen. Wie Gesellschaften mit diesen Herausforderungen umgehen, wird zu einem großen Teil von ihrer Fähigkeit bestimmt, unterschiedliche Krisen zu bewältigen, sich neuen Problemlagen anzupassen und möglichen zukünftigen Herausforderungen entsprechend neu aufzustellen. In unserer Forschung beschäftigen wir uns mit den Ursachen und Folgen gesellschaftlicher Konflikte und welche Rolle Autorität dabei spielt, sowie der Resilienz gesellschaftlicher und politischer Systeme und den Rahmenbedingungen, die Resilienz befördern.

Eine Folge der Umstrittenheit von Autorität sind Widerstandsbewegungen, die gesellschaftliche Gruppen in zahlreichen Ländern organisieren, um politische Veränderungen zu bewirken. Soziale und politische Proteste haben entsprechend in der vergangenen Dekade an Zahl und Bedeutung gewonnen. Die Mobilisierung kann dabei auf Demokratisierungsprozesse abzielen. Sie kann aber auch gegen Friedensabkommen gerichtet sein. Darüber hinaus – das verdeutlicht u.a. der Aufstieg jihadistischer Gruppierungen wie Boko Haram und des Islamischen Staats – zielt soziale Mobilisierung oft auf den gewaltsamen Umsturz bestehender Ordnungen ab.

Neben den Erklärungen für die Mobilisierung bestimmter Teile der Bevölkerung interessiert uns, welche Proteststrategien gesellschaftliche Gruppen anwenden. Oft spielen bei der Mobilisierung gesellschaftlicher Gruppen bzw. der folgenden staatlichen Reaktion internationale Akteure eine wichtige Rolle. Wir gehen daher in unserer Forschung der Frage nach, wann gesellschaftliche Gruppen und/oder der Staat Unterstützung von externen Akteuren zur Mobilisierung/Repression bekommen und wie dies die Resilienz politischer Ordnungen beeinflusst. Dies schließt die Untersuchung von internationalen Friedensmissionen mit ein, die oft in einem Spannungsfeld zwischen transnationalen Normen bzw. Zielen internationaler Akteure und der lokalen Wirklichkeit in den Einsatzgebieten agieren. Schließlich untersuchen wir, wie gesellschaftliche Konflikte und Krisen den politischen Ordnungsbildungsprozess beeinflussen, also etwa Änderungen in Rechtssystemen oder in politischen Entscheidungsprozessen auslösen.

Bislang dominiert in der Forschung der Blick auf die Bereitschaft von Individuen oder partikularen Identitätsgruppen zur Mobilisierung. In unseren Projekten gehen wir einen anderen Weg, indem wir die Rolle gesellschaftlicher Organisationen untersuchen. Gesellschaftliche Organisationen haben die Netzwerke und Ressourcen, die für eine erfolgreiche Mobilisierung unabdingbar sind. Ein Fokus liegt hierbei auf religiösen Akteuren, politischen Parteien und Rebellengruppen. Wir untersuchen die einzelnen Aspekte in verschiedenen Projekten mit einem theoriegeleiteten empirischen Ansatz, der qualitative und quantitative Methoden miteinander verbindet.

